Hallische Nachrichten

General-Anzeiger für Halle und die Provinz Sachsen

Verlagsgebäude: Häuserblock Gr. Ulrichstr. 16, Ecke Dachritzstr. 12 bis 14 und Wölbergasse 1. Bei Anruf der Fernsprechnummer 7981 verbindet die eigene Zentrale mit allen Abteilungen des Hauses. — Geschäftsstellen: Leipzigerstr. 34 (Fernsprecher 7981) und Brunnenstr. 49 (Fernsprecher 1403).

Die hallischen Nachrichten erscheinen täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage und treffen bei frei Zustellung in Halle und in den Orten mit eigenen Vertriebsstellen sowie bei Postbezug ohne Zustellungsgebühr monatlich Mk. 5.—, vierteljährlich Mk. 15.—.

Verlag, Redaktion und Hauptgeschäftsstelle: Gr. Ulrichstr. 16. Fernsprechanschluß: Nr. 7981. Umsatzpreis: für 31 mm breite Nonpareillezeile Mk. 1.50, Familienanzeigen Mk. 1.—, Kleiner, Geldmittel- und ähnliche Anzeigen Mk. 2.—, die 78 mm breite Reklamezeile Mk. 5.—. — Rabatt nach Tarif. — Erfüllungsort: Halle an der Saale. Postscheckkonto: Leipzig 1885.

Nummer 73 — Halle, Dienstag den 13. April 1920 — 32. Jahrgang

Französische Pläne auf Zertrümmerung Deutschlands.

Die Rheinegelüste der französischen Militaristen werden durch eine amtliche Berliner Veröffentlichung über eine Besprechung höherer französischer Offiziere des Okkupationsgebietes, die in der vorigen Woche in Mainz stattgefunden hat, überaus grell beleuchtet. Aus den Richtlinien, die in dieser Besprechung für die französische Politik aufgestellt wurden, geht hervor, daß Frankreich, zum mindesten aber die augenblicklich den stärksten Einfluß besitzende Militärpartei, auf die Trennung Nord- und Süddeutschlands hinarbeitet, womöglich sogar auf eine vollständige Zertrümmerung Deutschlands, indem daraus fünf bis sechs größere Bundesrepubliken gebildet werden sollen. Diese denkt man sich in Gestalt einer süddeutschen Republik, bestehend aus Bayern, Baden, Württemberg, einer rheinischen Republik mit beiden Ufern, Thüringen und Sachsen als einer mitteldeutschen Republik, Berlin mit Schlesien und einem kleinen Teile Pommerns und der Mark als kleine Republik in der Art wie Wien und Budapest, endlich im Norden Pommern, Mecklenburg, Hannover, Oldenburg und Schleswig-Holstein als hauptsächlich agrarische Gebiete. Was speziell das Rheingebiet anlangt, so soll dort der schon von Poincaré so eifrig verlangte Pufferstaat gebildet werden, von Düsseldorf bis Frankfurt reichend und das gesamte rheinisch-westfälische Kohlen- und Industriegebiet umfassend. Zur Erreichung dieses Zweckes wird empfohlen, jede Verlegenheit Deutschlands, vor allem die noch immer andauernde innere Zerklüftung, zu benutzen, die Alliierten aber möglichst vor vollendete Tatsachen zu stellen. Also ein ganz diabolischer Plan!

Klarer als durch dieses Dokument kann nicht bewiesen werden, welches die eigentlichen Ziele Frankreichs sind. Die augenblickliche Wehrlosigkeit Deutschlands soll dazu benutzt werden, um die alten Raubpläne zu verwirklichen und einen Zustand wieder herzustellen, wie er in der Zeit des Bundestages, womöglich aber gar in der Rheinbundzeit bestanden hat. Demgegenüber ist Deutschland zur Abwehr lediglich auf seine innere Einigkeit in der Betonung seines Lebensrechtes angewiesen und auf den guten Willen der Alliierten Frankreichs. Was es mit dem letzteren auf sich hat und ob vor allem der Völkerbund diese erste Probe auf seine Wirksamkeit bestehen wird, muß sich in aller Kürze zeigen. Ist der Widerstand Englands, Italiens und Amerikas tatsächlich stark genug, um die französischen Gelüste jetzt zurückzudrängen, so ist die Gefahr zwar noch nicht endgültig vorüber, aber mit wachsender innerer Beruhigung Deutschlands kann man wenigstens hoffen, daß weitere Versuche Frankreichs, seine Raubpläne doch noch zu verwirklichen, die zweifellos gemacht werden dürften, ebenfalls zurückgewiesen werden können. Einige Hoffnung kann man dabei darauf setzen, daß England ohne Zweifel kein Interesse daran hat, nunmehr an Stelle Deutschlands in Frankreich einen übermächtigen Kontinentalstaat einsetzen zu lassen. Aber man darf nicht außer acht lassen, daß die englische Politik während der nächsten Jahrzehnte stark durch andere Probleme in Anspruch genommen sein wird. Dem englischen Imperium drohen im Orient und im fernen Asien schwere Gefahren. Die machiavellistischen Politiker Frankreichs spekulieren geradezu auf die künftigen Verlegenheiten Englands und der anderen an der Weltpolitik beteiligten Großmächte der ehemaligen Entente, in der Hoffnung, dadurch um so ungestörter ihre Raubpläne auf dem europäischen Kontinent verwirklichen zu können.

Es ist nun von größter Wichtigkeit, daß sich Deutschland diesen Plänen gegenüber einig zeigt. Leider aber ist nicht zu leugnen, daß gerade in der jüngsten Zeit, einerseits begünstigt durch die neuen Unruhen im Ruhrgebiet und in Mitteldeutschland, anderseits durch den französischen Vormarsch, die Trennungsabsichten in einem Teile Süddeutschlands wieder stärker aufgetreten sind. In dieser Beziehung ist folgende Münchener Meldung von Bedeutung:

Der bayrische Ministerpräsident v. Kahr hat an die Bezirksführer der Münchener Einwohnerwehren eine Ansprache gehalten ungefähr folgenden Wortlauts: „Meine Herren! Sie kommen in der schicksalsschwersten Stunde Bayerns und ich wolle mit mir ihnen eins, daß sich Bayern einer Auflösung der Einwohnerwehren mit aller Kraft widersetzen muß. Ich habe an Berlin das bestimmte Verlangen gestellt, daß der Erlaß über die Auflösung der Einwohnerwehren widerrufen werde und keinen Zweifel darüber gelassen, daß im Weigerungsfalle die Folgen nicht zu übersehen seien. Die Lage ist überaus ernst. Wenn die Reichsregierung auf unsere Vorstellungen hin nicht entsprechend handelt, werden sich unsere Wege von denen des Reichs trennen und es muß mit einem vorübergehenden Ausscheiden Bayerns aus dem Reichsverband gerechnet werden."

Herrn v. Kahrs Rede ist unverständlich. Wir wissen wohl seit zwei Tagen, daß in Bayern die Erregung über die Forderung, die Einwohnerwehren aufzulösen, außerordentlich groß ist und wenn der einfache Mann aus dem Volke bei dieser Gelegenheit auf die Reichsregierung schimpft, so ist das bei mangelhafter Aufklärung zu begreifen, wenn aber der Ministerpräsident seine Drohungen gegen die Reichsregierung richtet, anstatt gegen die Entente, die die unerträgliche Auflösung der Einwohnerwehren, unter Berufung auf den Friedensvertrag, verlangt, so scheinen uns die politischen Verhältnisse in Bayern doch noch recht ungeklärt zu sein. Herr v. Kahr ist nur als Uebergangs-, nur als Verlegenheitspräsident gewählt worden, weil die Sozialdemokraten sich bei der Neubildung der Regierung abseits hielten. Die Sozialdemokraten haben inzwischen ihren Fehler wohl eingesehen. Sie haben das Feld den Gegenrevolutionären und den Separatisten überlassen. Es wird unseres Erachtens nötig sein, daß sich Herr v. Kahr etwas deutlicher über die Motive seiner Drohrede ausspricht. Die Rede bleibt unverständlich, wenn man nicht ganz bestimmte Tendenzen vermuten will, die mit den Dr. Heimschen Bestrebungen zusammenhängen. Und sie steht außerdem im Widerspruch zu der gemeinsamen Erklärung der süddeutschen Ministerkonferenz.

Inzwischen hat das Wolffsbureau die Aeußerungen v. Kahrs von München aus dementiert und der bayerische Gesandte in Berlin hat dieses Wolff-Dementi in einer an die Berliner Blätter gesandten Erklärung noch unterstrichen. Herr von Kahr hätte darnach in seiner Rede keinen Augenblick einen Zweifel darüber gelassen, daß die Pläne Frankreichs auf eine Zerreißung Deutschlands nie und nimmer verwirklicht werden dürfen. Eine Aeußerung, daß Bayern seinen Weg weiter gehen würde, selbst auf Kosten einer vorübergehenden Trennung Bayerns vom Reich, habe er weder im Vorklaut noch dem Sinne nach getan. Das Dementi ist erfreulich. Es bleibt aber leider festzustellen, daß es nicht allenthalben auf unbedingten Glauben stößt.

Ueber die Zukunft der Einwohnerwehren finden zurzeit Verhandlungen statt, an denen Vertreter der Einwohnerwehren aus dem ganzen Reich teilnehmen.

Die Frankenkatastrophe und die Besetzung.

Von unserem Korrespondenten.

F. Rotterdam, 10. April.

Die Besetzung Frankfurts, von der Pariser Militärpresse im Stile einer glorreichen Kriegstat geschildert, bedeutet für die französische Hochfinanz, die gegenwärtig in den holländischen Bankkreisen eine „Sanierung" der Franken-Valuta kampfhaft erstrebt, eine wahre Katastrophe. Von dem Tage angefangen, wo Millerands Politik den Nichtzutritt des Marschalls Foch folgte, trennten sich die gemeinschaftlich nach der Höhe klimmenden Mark- und Frankenkurse. Doch zum Nachteile der französischen Valuta. Während die Mark ihre Aufwärtsbewegung in kleinen Sprüngen fortsetzte, sich über die 50 Gulden (für die Tausend) emporarbeitete, machte der Franz, trotz des glorreichen Zutritts der Boulevardblätter und Ausmalung der „Bedeutung Frankfurts", eine Abwärtsbewegung. Dieser Rückgang verschärfte sich in den letzten drei Tagen derart, daß die hier tätigen Vertreter französischer Großbanken die bedenklichsten Berichte nach Paris sandten. Von dem französischen Finanzpropagandadienst wird täglich zweimal die Versicherung gegeben, es werde „nicht mehr lange dauern", das heißt, „die Franzosen würden vielleicht in acht Tagen Frankfurt verlassen". Obgleich es hier Leute gibt, die Millerands diesbezügliche Erklärungen und die Beteuerungen der diesigen französischen Offiziösen bezweifeln, reigt man dennoch der Ansicht zu, daß die durch den Besetzungsputsch hervorgerufene Zerrüttung der Franken-Valuta die leitenden Pariser Kreise zur Besinnung bringen werde. „Gegen die schlechte Valuta läßt sich nur dann erfolgreich streiten, wenn wir Ruhe zwischen Frankreich und Deutschland erhalten," erklärte mir ein holländischer Finanzier, der die Interessen eines der größten Pariser Bankhäuser wahrnimmt. Und weiter: „Mit einer verschlagenen Franken-Valuta im Rücken läßt sich gegen Deutschland kein „Besetzungsfeldzug führen". Es ist der klar ausgesprochene Wunsch der in Holland wirkenden französischen Finanzkreise, den „Zwischenfall", wie sie so harmlos sagen, schnellstens beendet zu sehen. Die Stimmung dieser Kreise übt auf die Partei Regierung einen nachhaltigen Einfluß, das läßt sich aus den besonders für die Amsterdamer und Rotterdamer Blätter bestimmten Tendenzberichten ersehen, die eine Dämpfung der rasselnden Pariser Militärkinpresse bezwecken sollen. Trotzdem gleitet der Frank weiter ab. Nach den treibenden Kräften dieser Baisse suchend, ist es mir aufgefallen, daß die französischen Finanzkreise „den Amerikanern die Schuld geben. Tatsächlich nahmen die Verkäufe auf amerikanische Rechnung hier sehr stark zu, und ein Bankvertreter, der für Paris arbeitet, sagte: „Wenn die Amerikaner ihre Franken auf den holländischen Markt werfen, so ist das für Frankreich schlimmer, als ein Protest Wilsons gegen die Besetzungen. Mir wäre ein Protest der Amerikaner lieber, denn so kämen wir aus der Patsche am besten heraus." Derartige Börsengespräche konnten dieser Tage vielfach registriert werden. Sie zeigen die beiden Seiten der Medaille, auf der der zeitungslesende Pariser das „siegreich vordringende Heer Frankreichs", der in Holland tätige Bankier die zusammenbrechende Frank-Valuta sieht.

Beilegung des englisch-französischen Konflikts?

ap. Paris, 12. April. (Eigene Drahtmeldung.) Der „Temps" veröffentlicht eine augenfällig inspirierte Note, in der es sagt: Die deutsche Regierung habe eine Verlängerung des August-Abkommens, das am 10. April abgelaufen sei, um drei Monate nachgesucht. Wenn der Oberste Rat sich mit dieser Frage in San Remo befassen werde, und wenn die deutschen Truppen in der neutralen Zone auf den Stand zurückgeführt würden, der nach dem Abkommen, dessen Verlängerung Deutschland jetzt verlange, gestattet sei, ergebe es sich von selbst, daß die französische Regierung nicht die Absicht habe, durch Verlängerung der militärischen Besetzungen, die in der letzten Woche vorgenommen wurden, den Anschein zu erwecken, einen Druck auf die Entscheidungen des Obersten Rates auszuüben. Die Feststellung aber, ob die in der neutralen Zone anwesenden deutschen Truppen die zulässige Zahl nicht überschritten, sei eine Frage, die die interalliierte Kontrollkommission angehe. Ferner betont der „Temps" noch, um einem Mißverständnisse zu begegnen, zu dem die französische Regierung niemals Anlaß gegeben habe, daß die verschiedenen deutschen Städte, in die die französischen Truppen in der letzten Woche eingezogen seien, aus dem gleichen Grunde besetzt worden seien, und daß ferner, um die Artikel 42—44 des Friedensvertrags zur Geltung zu bringen, eine Verständigung erzielt worden sei. Die französischen Regierungskreise fühlten sich durch die schroffen Maßnahmen Lloyd Georges beleidigt und erwarteten Genugtuung.

Die Erregung gegen England hat sich in der französischen Oeffentlichkeit verschärft und auf die parlamentarischen Kreise übertragen. Vor dem Kammerausschuß für auswärtige Angelegenheiten hat sich Millerand bereits gerechtfertigt. Seine Dispositionen für die Reise nach San Remo hat er rückgängig gemacht, da er seine Abreise tatsächlich von der Haltung der englischen Regierung abhängig machen wird.

Die Eisenbahner für den 9-Stundentag.

Eine Vertretung sämtlicher großen Verbände des Eisenbahn- und Postpersonals trat gestern dem Reichsfinanzminister Wirth Besoldungswünsche vor, über die der „Voss. Ztg." von beteiligter Seite folgendes mitgeteilt wird:

Das Betriebspersonal verlangt einstweilen eine Besonderheit seiner Dienstleistungen höhere Einstufung seiner einzelnen Kategorien um je eine Gruppe in der Besoldungsordnung. Die durch diese Forderung verursachten Mehrausgaben werden auf 800 bis 900 Millionen Mark im Jahre geschätzt. Dafür will das Betriebspersonal auf die von der Regierung vorgeschlagene Gefahrenzulage für besonders gefährdete Eisenbahnbetriebskategorien verzichten. Das würde eine Ersparnis von rund 100 Millionen Mark bedeuten. Es bleiben also noch 700 bis 800 Millionen Mark übrig. Zur Deckung dieses Mehraufwandes hat das Betriebspersonal dem Minister angeboten, zunächst auf die Dauer eines Jahres täglich eine Stunde über die gesetzliche Verpflichtung von 8 Stunden hinaus zu arbeiten. Für die Beamten würden diese Mehrstunden keinerlei weitere Aufwendungen erfordern, da die Beamtenschaft keinen Anspruch auf Ueberstundenentschädigung hat. Bei der Arbeiterschaft dagegen würde die Mehrleistung in Form von Ueberstundenentschädigungen abzufinden sein. Die von den Beamten umsonst zu leistenden Mehrstunden würden insgesamt rund 180 Millionen Stunden im Jahre ausmachen. Das bedeutete einen Gesamtgewinn von rund 500 Millionen Mark. Die Beamtenschaft von Eisenbahn und Post würde somit tatsächlich die Mehrausgaben, welche die von ihr geforderte höhere Einstufung verursacht, durch Mehrleistungen wieder ausgleichen. Das Reichsfinanzministerium hat dazu noch keine endgültige Stellung genommen.

Der Hölz-Terror im Vogtlande.

In welchem Maße Hölz die Unterstützung eines Teils der Bevölkerung genießt, geht aus folgenden Meldungen hervor:

Plauen i. V., 12. April. Der Kommunist Hölz verlangte von den Klingenthaler Fabrikanten eine Million Mark zur Bildung einer Roten Garde, die bis heute abend 6 Uhr in seinem Besitz sein sollen. In die Klingenthaler Filiale der Vogtländischen Bank hat die ganze Summe nicht vorrätig hatte, sollten zwei Bankbeamte 600 000 Mark von der Vogtländischen Bank in Plauen abholen. Beide Beamte reisten heute nachmittag in einem Hölzschen Kraftwagen hier ein. Als sie auf der Bank die Summe abheben wollten, wurden der Chauffeur und die beiden Beamten von der Plauener Polizei verhaftet.

Die Klingenthaler haben dem Terroristenführer aber doch zu seiner Million verholfen. Gestern abend wurden in Klingenthal große Versammlungen abgehalten, zu denen gegen 6 Uhr abends 150 Fäschen Automobilführers durch die Plauener Polizei protestiert und gedroht wurde, daß genau so verfahren werden solle, wie an anderen Orten, zum Beispiel in Falkenstein. Unter dem Druck dieser Drohung ist die von Hölz verlangte Summe von einer Million Mark nach Klingenthal abgeschickt worden.

Der Versuch Hölzens, sich für alle Fälle den Rückzugsweg nach Böhmen offen zu halten, ist mißlungen. Bei seinen Verhandlungen mit dem tschechoslowakischen Grenzkommando über einen etwaigen Uebertritt erhielt er von den böhmischen Behörden den Bescheid, daß er bei seinem Uebertritt als interniert zu gelten habe und auf Verlangen Deutschlands ausgeliefert werden würde. Da es der Plan des Hölz ist, über Klingenthal nach Graslitz i. Böhmen oder über Bad Eisner ins Böhmische zu flüchten, sind die böhmischen Grenzwachen verstärkt worden.

Amerikanische Reise.

Von Colin Roß.

IX.

Siga vaca!

Estancia „La Louisa", im Januar 1920.

Seit Wochen regnete es nicht. Der Boden ist trocken wie Zunder. Auf den Pferden der Potterocinzäunung sitzen in regelmäßigen Abständen graugepudert die Habichte. Von Zeit zu Zeit des Pferdes weht der Staub gleich gewaltiger Rauchfahne nach rückwärts. Aber sie ist wie ein dürstiges Fähnchen gegenüber der riesigen Wolke, die über den Horizont zieht. Wie bei dem Vormarsch in Rußland, als die Kosaken vor uns die Dörfer in Rauch und Flammen aufgehen ließen, daß sich über dem flachen Land ein gigantische Wolke, die breit und massig gen Himmel steigt.

Eine Herde frisch gelassen Viehes wird zum Apartieren zur Estancia getrieben. Dort sollen die aus dem Norden kommenden Rinder nach ihrer Qualität in kleinere Herden geteilt werden. Ist dies geschehen, so wartet ihrer noch Bad und Impfung. Dies und Kastrieren, Markieren und Schneiden der Hörner ist neben der täglichen Kontrolle des Viehes, der Zäune, Pumpen und Tanks die Arbeit der Capataze und Peone, der Viehhirten der Estancia.

Es ist Arbeit, die ihr Vorgänger, der Gaucho, nicht kannte, wie er auch fürt die modernen Hilfsmittel der Estancia nur ein verächtliches Lächeln gehabt hätte. Er hatte nichts als sein Pferd und seinen Lasso. Wollte in früheren Zeiten ein Estanciero zwecks Zählung oder Verkauf seine Herde zusammentreiben, so gelaub es auf freiem Feld, höchstens daß ein Pfosten den Platz bezeichnete, an den sich das Vieh mit der Zeit gewöhnte, so daß es willig mitzog, wenn die Gauchos es in diese Richtung trieben. Aber seine Trennung und Absonderung geschah nur durch lebendige Gassen von Pferden und Reitern, die es oft genug durchbrach. Zum Markieren oder Kastrieren aber mußte jedes einzelne Stück mit dem Lasso gefangen und geworfen werden.

Heute ist der Lasso, wenigstens auf modernen Estancias in den zentralen Provinzen, mehr ein Dekorationsstück, das höchstens noch aus Tradition am Sattel hängt. Wenigstens erlebte ich es, als ich vom galoppierenden Pferd aus den Lasso versuchte und natürlich fehl warf, daß auch der unterweisende Peon bei Pferd wie Kuh und Schaf keinen besseren Erfolg hatte.

Die Estancia hat den Lasso überflüssig gemacht, ein weiter Corral, eine feste Umzäunung, in die das Vieh getrieben wird. Auf die erste Abteilung, den Vorhof gleichsam, folgt eine zweite, die sich trichterförmig verengt und schließlich in einen engen Schlauch ausläuft, in dem zwischen schrägen festen Wänden kaum ein Stück Vieh Platz hat. Durch Fallgatter und Türen kann man bequem, ohne Anstrengung und Gefahr jedes einzelne Stück in verschiedene Unterabteilungen, die auf Gang münden, leiten.

Mit dumpfem Brüllen hat sich inzwischen die wandernde Staubwolke dem Eingangstor der Estancia genähert. Der voranreitende Peon zieht an einem Strick eine klappernde Lata, eine große leere Blechbüchse, hinter sich her. Willig folgt ihm die Herde. Versuchen doch einige Ungehärdige rechts und links auszubrechen, so treiben die geleitenden Peone mit lautem Geschrei und geschwungener Peitsche sie auf den Weg zurück.

Der Corral ist jetzt voll. Die Staubwolke steht und steigt gerade gen Himmel. Unruhig schiebt und drängt sich die Herde hin und her. Stumpfe Brüllen ist allgemein geworden. Unbreitend durchzittert es die Luft, die so dick voll Staub ist, daß man alles nur in ungewissen, verschwommenen Formen sieht. Von den Peonen sind einige abgesessen und haben zu beiden Seiten des Schlauchs Posto gefaßt. Die andern reiten an.

Lust faßt mich, mitzutun. Mit geschwungener Peitsche und lautem Geschrei gibt es ein Prescheu auf die Rinder. Unwillig setzt sich ein Teil in Bewegung und drängt in die Trichter. Andere wollen nicht, brechen aus, gehen die Reiter an. Es gibt ein wildes, heißes Reiten. Immer wieder im Galopp um die Herde herum und mit Gewalt in sie hineingepreßt.

„Siga vaca!" „Vamos!" „Siga, siga!" und dazwischen ein indianerartiges Aufheulen in hohen Fistelstönen. Donnerwetter, trotz Estancia ist es harte Arbeit! Die Kehle ist heiser vom Schreien. Gesicht und Arme schwarz vom Staub. Die braune Haut der Peone sieht fast aus wie altes, brüchiges Leder.

Endlich haben wir einen Schub im Trichter. Das Tor wird geschlossen. Drinnen bleiben zwei berittene Peone und treiben die Rinder, die immer wieder zu ledern versuchen, in den Schlauch.

Der nächste Schub und der übernächste! Je weniger Vieh im ersten Corral bleibt, desto ungebärdiger wird es. Es sind da jene Widerspenstigen, die bisher immer wieder auszubrechen versuchen, die übrig blieben und die nun hingetrieben werden müssen.

„Siga, siga vaca!" Die Kehle gibt nur mehr ein heiseres Brüllen her. Stumpf und Lurch sitzen wolf Staub. Es ist ein eigentümliches Gefühl, in diese Masse gestirnter Rinderhäupter hineinzureiten. Langsam schiebt sie sich vor, bis eines ausbricht und die ganze Herde kehrtzumachen droht. Da heißt es, sofort den Widerspenstigen zurückzutreiben.

Ein mächtiger Stier trottet vor mir zwischen den kühnen her. Zornig und tückisch schielt er, als empfinde er das Unwürdige seiner Lage. Plötzlich dreht er und will zurück. Eine Wendung mit dem Pferd, und die Last des angaloppierenden Pferdes prallt dem Stier in die Flanken, während gleichzeitig die schwere Peitsche ihm über den Rücken saust.

Die Brust des Pferdes ist Waffe und Werkzeug. Mit ihr reitet man das Vieh an, wie das Pferd auch gewöhnt ist, mit der Brust die Tore der Umzäunungen zu öffnen. Bewunderswert ist die Ruhe der Tiere. Für den Reiting ist es ein unheimliches Gefühl, so

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-847529-19200413015/fragment/page=0001

mitten zwischen den Hörnerspitzen einer unruhig drängenden Rinderherde zu reiten, aber willig preicht das Pferd immer wieder von neuem gegen jedes widerspenstige Rind an. Es ist ein heißes, hartes, aber auch schönes, ritterliches Arbeiten. Es liegt etwas in der Lust von der Aufregung, Lust und Gefahr eines siegreichen, stürmischen Schlachttags.

Ein anderes Bild: Eine Herde frisch eingetroffener Pferde jagt über den Kamp. Zum Galopp geht es zur nächsten Einfenada. Sie müssen markiert werden.

Es ist Sitte und Gesetz von jenen Zeiten her, als das Land noch keine Drahtzäune hatte, daß jedes Stück Vieh die Marke seines Besitzers, die gesetzlich eingetragen ist, führen muß. Diese Marke ist etwas ähnliches wie bei uns ein Wappen und wird auf dem Briefbogen geführt. Wird ein Stück Vieh verkauft, so wird die alte Marke unkenntlich gemacht und die neue daneben eingebrannt.

Die Pferde stehen jetzt hinkereinander im Schlauch, das vorderste zwischen zwei Gattern vorne und hinten eingepreßt. Von einer Plattform aus kann man ihm bequem mittels der Schlaufe der Peitsche eine bändigende Fessel über die Nüstern legen. Inzwischen glüht an dem kleinen Knochenfeuer, das mit Fett zu besserer Flamme angefacht wird, das Brandeisen.

Wuhp! liegt das gefesselte Pferde. Der Peon setzt das Eisen auf seinen Schenkel. Jetzt spürt das Tier die Hitze. Wild schlägt es mit den Hufen gegen die Bretterwände und versucht, sich mit gewaltigem Ruck zur Seite zu werfen. Umsonst, schon hat sich der glühende Stahl unerbittlich in sein Fleisch gebissen. Das Gatter öffnet sich. Verzweifelt sich schüttelnd, stürmt es ins Freie. Das nächste!

Für besonders ungebärdige Tiere, namentlich für Stiere, dient eine Art Holzklammer, welche die Tiere völlig widerstandslos zusammenpreßt. Eine ähnliche Vorrichtung dient zum Festklemmen des Kopfes, um die Hörnerspitzen kappen zu können. Nur zum Kastrieren muß der Stier außerhalb des Schlauches geworfen werden. Aber auch hier hilft eine Rolle, über die der Lasso geschlungen wird, daß das aus dem Schlauch tretende Tier sofort stürzt und die Prozedur alsbald vorgenommen werden kann.

Eine besondere Einrichtung erfordert das Baden, dem alle aus dem Norden kommenden Tiere, die hochwegs mit Zecken behaftet sind, unterworfen werden müssen. Die Anlage ähnelt der Einfenada. Nur endet der Schlauch in einen engen Kanal, der mit desinfizierender Lösung gefüllt ist. Langsam trotten die Rinder den engen Gang vor. „Vamos! Siga vaca, siga!" Mit Peitschenstricken treiben die Peone die Unrat witternden, zögernden Tiere an. Jetzt steht das erste vor dem Kanal und stutzt. Aber schon hat es den Fuß auf die schräge Zementbahn gesetzt. Und damit ist sein Schicksal besiegelt. Es saust die steile Bahn hinunter und schlägt auf dem hochspritzenden Wasser auf. Aengstliches Brüllen, verzweifelt starrende Augen, aber ein mit langer eiserner Gabel bewaffneter Peon faßt seine Hörner und taucht unerbittlich den Kopf in die dunkle Flut.

Rind auf Rind passiert. Will eines durchaus nicht vor, so genügt ein rascher Griff, der ihm den Schwanz bricht, um es vorzutreiben.

Dazwischen traben die Kälber. Sie sind die Widerspenstigsten. Oft gelingt es ihnen, zu drehen. Dann müssen sie rückwärts schreitend ins Bad getrieben werden. Oder zwei purzeln übereinander, geraten gleichzeitig mit einem ausgewachsenen Rind ins Bad, kommen unter dessen Füße; und dann gibt es aufreibende Arbeit, sie vor dem Ertrinken zu bewahren.

Am Ende des Bades führt eine Rampe in zwei zementierte Einzäunungen, aus denen die kostbare Flüssigkeit wieder ins Bad zurückfließen kann. Hier steht zitternd und tropfend das verängstigte Vieh, während von der anderen Seite das aufreizende „Siga vaca!" klingt und die Peone einen neuen Schub Rinder in den Trichter treiben. . .

Es ist spät geworden, als ich abrückte. Schon ist der die Luft füllende Staub golden von der sinkenden Sonne.

„Buenas noches, caballeros!" Mit vollendeter Ritterlichkeit ziehen die braunen Gestalten, von denen mehr als einer aussieht wie ein Strolch, die Hüte und schütteln mir kavaliermäßig die Hand. Es ist wohl nicht nur das alte stolze Indianerblut in jedem von ihnen, sondern auch ihre ritterliche, rettende Tätigkeit, die ihnen nur das Leben im Sattel, die Arbeit mit Peitsche, Lasso und Messer, als die einzig mannswürdige erscheinen läßt.

Neue Enthüllungen aus der Kapp-Zeit.

In der neuesten Nummer der „Grenzboten" teilt Professor Dr. Fritz Kern, der bei Ausbruch des Putsches in der Reichskanzlei mit einer historischen Arbeit beschäftigt war, und die ganze Putschzeit in der Reichskanzlei miterlebt, in ihrem Verlaufe sich auch an einer „Vermittlungsaktion" beteiligt hat, seine Erinnerungen mit. Sie bringen vieles neue. Nach Kern war die vorbereitende Seele des Putsches der Hauptmann Pabst, dem im Frieden die Qualifikation als Generalstabler versagt worden war, der sie aber im Kriege durch schrankenlosen Ehrgeiz noch erreichte, und vom Drange beseelt, in erster Reihe zu stehen, schon im Sommer 1919 eine bewaffnete Erhebung hatte anzetteln wollen. Aus einem ganz persönlichen Grunde hat Hauptmann Pabst dem Kapp-Unternehmen an einer entscheidenden Stelle wieder schweren Schaden zugefügt; am Morgen des 13. März glaubte er erst seine Frau in Sicherheit bringen zu müssen und vergaß darüber die rechtzeitige Beförderung der großen Proklamation Kapps an das deutsche Volk, von der sich die Putschisten so viele Wirkungen versprochen hatten.

Professor Kern bestätigt auch die Beziehungen, die vor Ausbruch des Putsches zwischen dem preußischen Staatskommissar von Berger und den Putschisten bestanden. Auch während des Putsches standen die Putschisten mit Herrn von Berger, der nach Stuttgart zur Regierung Bauer gereist war, in telephonischer Verbindung. Einmal glaubte Obert Bauer aus der Reichskanzlei mit Berger in Stuttgart zu telephonieren. Erst aus der Veröffentlichung Kerns erfährt Obert Bauer, daß am anderen Ende des Drahtes nicht Herr von Berger, der Freund, stand, sondern der Stabschef Noske.

Am Abend des 12. März fuhren bekanntlich die Generäle Oven und Oldershausen der Marinebrigade nach Töberitz entgegen. Sie passierten die Vorstadt Lemsen und Gross. Nach nie im Krieg und Frieden lasen die beiden Herren eine Truppe in so feierlicher fester Stimmung marschieren sehen wie diese zu ihrem törichten Streich in gutem Glauben mit Liederklingen und entrollten großen Fahnen durch die Nacht heranziehenden Krieger. Endlich fanden sie Ehrhardt. Sie überredeten ihn zum Schlafe. Ehrhardt, nachdem er die Truppe in Marsch gesetzt hatte, im Begriff, Deutschland auf den Kopf zu stellen, noch eine Stunde. Eben erst aufgeweckt, entwarf er dann aus dem Handgelenk das Ultimatum der fünf Punkte, zu der die Regierung früh um sieben Uhr an der Siegesäule ihre Zustimmung geben sollte. Ein längeres Warten war daran unmöglich, weil die Erhebung gleichzeitig an 30 Orten in Deutschland stattfände. Später soll Ehrhardt die Auffassung seiner Forderungen und die dadurch bewirkte Verzögerung des Einmarsches als ungeschickt bedauert haben. Als die Generäle Oven und Oldershausen unverrichteter Sache nach Berlin zurückkamen, waren in der Reichskanzlei nur General Reinhardt und der Presseschef Ulrich Rauscher dafür, daß mit Waffen gegen die Meuterer vorgegangen wurde. Noske sagte, seine Stimme bei dem Beschluß zusammen, den er von dem Offiziierskorps erhalte hätte. Zum zweiten Male stürzte die Marine Deutschland ins Unglück. Am liebsten würde er sich erschießen, so fühle er sich in seinem Vertrauen betrogen. Noch vorher Kern gab dann in dieser Nacht der Presseschef Ulrich Rauscher eigenmächtig Flugblätter, die zum Generalstreik aufforderten, und mit der falschen Unterschrift Eberts und Noskes heraus. „Neben Pabst und Genossen hat Ulrich Rauscher seinen geschichtlichen Platz als ein Mann des verkehrten Vaterlandes." Rauschers dreiste Tat entzündete den Generalstreik an allen Ecken.

Professor Kern hat dann die Tätigkeit der Kappregierung in der Reichskanzlei selbst mit angesehen. Ein Bild erschreckender Hilfslosigkeit. Traub ging den ganzen Tage geistesgestörten in seinem Kommer umher und tat gar nichts. Ein Hauptmann Karmann war beauftragt, über die militärische Lage im ganzen Reich zu berichten. Er hatte selbstverständlich in Erfahrung gebracht, daß die gewaltige Mehrheit der Reichswehr außerhalb Berlins dank dem Einfluß Noskes zur alten Regierung hielt. Kapps Mitregierer, die Offiziere, und Dr. Schiele verhinderten aber, daß Hauptmann Karmann zu Kapp herangelassen wurde. Professor Kern versuchte dann auf eigene Faust Kapp aufzuklären, und brachte sich dadurch selbst in persönliche Gefahr. Auch Kern bestätigt, daß es Ludendorff und Oberst Bauer waren, die — zum Teil auch sich selbst über die Wahrheit täuschend, ganz wie im Kriege — die Putschisten zum „Durchhalten" immer wieder veranlaßten. Am Dienstag der Putschwoche erklärte Hauptmann Pabst, falls die Stuttgarter Regierung die Kappschen Bedingungen nicht restlos annehme, würde man auf eine Diktatur Dänemark-Ludendorff zusteuern. Dämmig wurde um vier Uhr in die Reichskanzlei gebeten. Er kam natürlich nicht und nun hingen, so erzählt Professor Kern die Verschwörer buchstäblich am Draht nach Stuttgart. Er entschied über ihr Sein oder Nichtsein. „Jedesmal wenn Dämmig in den Apparat etwas in den Apparat zu regen schien, schlitterten Bauer und Pabst zitternd vor Aufregung durch die Säle an den Telephonraum heran. Und jedesmal kehrten sie enttäuscht wieder um." Später ist dann aber doch irgendwie von Stuttgart mit dem Verschwörern gesprochen worden, weil Noske und sein Stabschef Gilsa der Meinung waren, man könne doch noch einen Bürgerkrieg führen. Noske hat dann im Einverständnis mit Ebert die Mindestforderungen an Kapp aufgesetzt, die Gilsa telephonisch dem Hauptmann Pabst aus Stuttgart in die Reichskanzlei telephonierte. In Berlin hat nach Professor Kern, der Bizekanzler Schiffer den Kappleuten versprochen, sich persönlich und mit seinem Portefeuille für ihre Amnestierung einzusetzen. Es wurde dann in der Reichskanzlei und nicht ganz ohne Fühlung mit der alten Regierung und ihren Offizieren das Wort von der neuzubildenden Einheitsfront gegen den Bolschewismus gefunden als das einzige Mittel, mit dem man die persönlich sehr enttäuschten Truppen vor dem Zerfall retten konnte.

Als der Karneval-Spuk in der Reichskanzlei vorüber war, sank auch die schwarz-weiß-rote Flagge, aber es war ein bewußter Schalk oder ein abschattliches Zeichen unserer Zustände, daß auf Eberts Palais das schwarz-rot-gold verkehrt gesetzt wurde und auf Halbmast wehte . . .

Streikende Justiz.

Oberschlesien ist der Schauplatz dieser neuesten Art von Streik, dessen Ursache politischer Natur ist. In Beuthen streiken seit Montag früh die Richter zum Zeichen des Protestes gegen die von der Alliierten-Kommission verfügte Ausweisung des Ersten Staatsanwalts Fipper. Alle Termine wurden ausgesetzt. Ebenso streiken alle mittleren und unteren Justizbeamten des Landes und Amtsgerichts Beuthen. Nach der „Oberschl. Zeitung" trat man mit den übrigen oberschlesischen Gerichten in Fühlung, um einen allgemeinen Streik der Justizbeamten des ganzen Abstimmungsgebiets herbeizuführen.

Kleine Chronik.

Der Apotheker als Heiler.

Die Braunischen Farbenfabriken in Quedlinburg waren in den letzten Monaten der Schauplatz umfangreicher Diebstähle. Es verschwanden fortgesetzt größere Mengen der teuersten Fabrikate, ohne daß man der Diebe und Hehler habhaft werden konnte. Der von der geschädigten Fabrik zu Rate gezogene Berliner Detektiv Graeger ermittelte, daß die Chemische Fabrik Glatial in Freudenstadt (Württemberg) Mutterkorn von Farben war, die sie von dem Apotheker Müller in Quedlinburg bezog. Wie weitere Ermittelungen ergaben, stand dieser mit Arbeitern der Braunischen Fabrik in Verbindung und bezog durch diese große Mengen der wertvollen Farben, die er dann weiter verkaufte. Die Polizei nahm darauf die in Frage kommenden Arbeiter fest. Außerdem wurde eine große Menge des wertvollen Materials beschlagnahmt, mit dem die Diebe und Hehler bei den hohen Preisen Riesengewinne erzielt haben.

Nicht mehr „Hindenburg", sondern „Zabrze".

Die interalliierte Volksabstimmungskommission in Oppeln hat, wie der „Oberschlesische Wanderer" meldet, bestimmt, daß Gemeinde und Kreis Hindenburg O.-S. den Namen Zabrze (Hindenburg O.-S.) zu führen hat. (Deutsche Gesetze scheinen in Oberschlesien nicht mehr zu gelten.)

Aus der Umgebung.

* Laucha, 12. April. (Mordanschlag.) Der Maler Helmuth Büchner aus Naumburg versuchte seine Geliebte H. K. aus Laucha mit einer Armeepistole zu erschießen. In einem Garten hinter dem Hause, von einem Baum aus, gab er mehrere Schüsse ab. Als mehrere Männer sich dem Baum näherten, feuerte er auf sie und brach, als er erschrieben, Nie an ihm herankämen. Er wolle die benachbarten Häuser anbrennen und seine Geliebte doch noch erschießen. Um seiner in der dunklen Nacht habhaft zu werden, wollte man Feuerwehr und Schützen alarmieren. Der Bürgermeister lehnte das jedoch zunächst ab, um nicht noch mehr Menschen in Gefahr zu bringen. Er versuchte mit Büchner von einem Haus aus zu verhandeln, und es gelang auch, daß Büchner später seiner Aufforderung nachkam und die Munition und Waffe wegwarf. Darauf wurde er festgenommen.

* Quedlinburg, 12. April. (Ein verheerendes Großfeuer) entstand am Sonntag vormittag die Lagerräume der Lebensmittel- und Landesprodukten-Großhandlung von Reußen & Kruage im Hofe des Grundstücks Marktstraße 7 sowie die Hintergebäude der Grundstücke Marktstraße 5 und 6 vollständig ein. Der Schaden beträgt über 300 000 M., da bekanntlich Lebensmittelvorräte des Kreises Quedlinburg und wertvolle Möbelausstattungen usw. vernichtet sind. Das Feuer soll durch Ueberhitzen beim Kaffeebrennen entstanden sein.

* Cöthen, 12. April. (Ueber den Weiterbestand des Friedrichs-Polytechnikums) werden gegenwärtig lebhafte Erörterungen in der Stadtverwaltung gepflogen, deren Fortgang vorläufig noch nicht abzusehen ist. Von den sozialdemokratischen Gemeindevertretern wird auf eine Auflösung des Polytechnikums hingearbeitet, um das Gebäude als Gewerbschaftshaus und Fortbildungsschule zu benutzen, während die wertvollen Einrichtungen und Sammlungen verkauft werden sollen. Die bürgerlichen Parteien und Gemeindevertretermitglieder treten diesen Plänen auf das schärfste entgegen. Von der Haltung des Magistrats wird der Ausgang dieses für unsere Stadt so bedeutsamen Konflikts abhängen. Fast alle Schichten der Bevölkerung sind durch wirtschaftliche Beziehungen mit dem Polytechnikum auf das engste verbunden. Die Polizeiverwaltung hat übrigens der Studentenschaft das Tragen ihrer Verbindungsfarben verboten, um so das Verbindungswesen zu unterdrücken.

Gerichtszeitung.

Strafkammer.

Ein ganz Geriebener.

Der 27jährige Handelsmann Fritz Otto in Halle legt eine Energie an den Tag, die besserer Taten würdig sein würde. So aber benutzt er sie meist zu Handlungen, die ihn mit dem Strafgesetzbuch in Konflikt bringen, so daß er bereits viermal wegen allerlei Uebeltaten verurteilt ist und seine letzte Strafe auf 2 Jahre 6 Mon. bemessen war. Seine vorzeitige Entlassung aus dem Gefängnis diente ihm nicht dazu, sich zu bessern, sondern auf der schiefen Bahn fortzuwandeln, bis er abermals festgenommen wurde. Jetzt hatte er sich wegen versuchter Erpressung in zwei Fällen, Nötigung und Beamtenbeleidigung zu verantworten. Einem Kaufmann, der in Halle ein Zigarrengeschäft betreibt, und der ihm nicht zum zweiten Mal 6000 Zigaretten auf Kredit gewähren wollte, trat er entgegen, als müsse man ihm die Ware geben, er fuchtelte dabei mit einem Revolver in nicht mißzuverstehender Weise herum, indem er meinte: „Wenn ich mit jemand in Konflikt gerate, schieße ich ihn einfach über den Haufen, ich mache mir daraus gar kein Gewissen." Weiter suchte er ihm die Ware zu entreiten und drohte, wenn er sie nicht herausgebe, würde er sie durch Kriminalbeamte, die schon draußen ständen, beschlagnahmen lassen. Dabei waren die angeblichen Kriminalbeamten zwei sehr blutjunge Burschen, von denen der eine zu dem Kaufmann, der sich einmal die Hüter des Gesetzes ansehen wollte, gleich sagte: „Wenn du nicht weggehst, kriegst du eine runter, daß du dich gleich überkugelst!" Weiter schwindelte Otto einem Schneider Stoff im Werte von 105 M. ab, für den er angeblich einen Schweizer als Käufer habe. Dann versuchte er durch einen Kassiber, der aus dem Gefängnis durch seine Frau herausschmuggeln lassen wollte, von einem Fleischer 150 M. zu erpressen, indem er ihm Uebles in Aussicht stellte, falls sein Verlangen nicht in Erfüllung gehe. Als der Untersuchungsrichter seine wiederholten Anträge auf Haftentlassung ablehnte, wandte er sich mit einem heraufbeschwörenden an den Ersten Staatsanwalt; er fügte aber der Bitte hinzu, daß, wenn sie Ablehnung erfahre, er sich an die U. S. P. wenden würde. Ein dieser Partei nahestehender amtierender Gefängnisbeamter würde ein solches Schreiben weiter befördern. Auch mit einem Ziehbubbüchsenbruch brachte man Otto in Verbindung. Nach seinen Ausführungen war er aber in allen Punkten unschuldig wie ein Lamm. Das hielt ihn jedoch nicht ab, zu erklären, die Strafe sofort anzunehmen, die das Gericht auf 1 Jahr 6 Monate Gefängnis bemessen hatte.

Handel und Verkehr.

Berliner Börsenstreik!

(Von unserem Berliner Sonderberichterstatter.)

Berlin, 12. April. Die Berliner Börse war heute der Schauplatz von Sturmszenen, die in der deutschen Finanzgeschichte beispiellos dastehen. Die Ankündigung der Regierung, sie wolle gewisse Auslandspapiere nur für Rechnung des Friedensvertrages an die Entente abliefern müssen, nach den Kursen vom 10. Januar, d. h. nach dem Tage der Ratifizierung des Friedens, beschlagnahmen, rief zunächst einen gewaltigen Andrang von Verkäufern hervor. Die Kurstafeln der Makler bedeckten sich mit immer neuen Auslandspapieren, sodern auch in fast allen anderen Wertpapieren mit Minus-Minus-Strichen. Sofort wurde in den Börsenräumen der Ruf nach einem Börsenschluß laut. Der Börsenvorstand beschloß zunächst, daß Kurse notiert werden sollten. Gegen diesen Beschluß protestierten die Börsenbesucher überaus heftig. Sie wurden z. T. gegen Mitglieder des Börsenvorstandes handgreiflich und verhinderten die bereidigten Makler an der Festsetzung der Notierungen. Der Ruf nach einem Börsenstreik als Protest gegen die Regierung wurde allgemein laut. Schließlich beschloß der Börsenvorstand doch, die Börse zu schließen, zumal inzwischen bekannt geworden war, daß auch in Frankfurt a. M. und Hamburg die Börsen unter großer Erregung beschlossen hätten, keinen Verkehr stattfinden zu lassen.

In Finanzkreisen wird der Regierung der Vorwurf gemacht, daß sie über ihre Absichten die Börse in Unkenntnis auf die Entschädigungsfrage zu lange im Dunkeln gelassen habe, daß sie monatelang hindurch das wilde Spiel in den Auslandspapieren zugelassen habe und jetzt die Enteignung zu den Kursen vom 10. Januar durchführen will. In der amtlichen Ankündigung heißt es, daß die Beschlagnahme in der Verordnung vorgesehen ist, vor allem die Frage der Dividendenscheine der Auslandspapiere. Man nimmt an, daß die deutschen Besitzer dieser rückständigen Dividendenscheine, die vor Ende des Krieges nicht bezahlt wurden, erhalten werden. Ferner ist zu berücksichtigen, daß die Beschlagnahme der Valutapapiere davon abhängen wird, ob die Mitglieder der Entente diese Beschlagnahme auch verlangen werden. Es machen sich Anzeichen dafür bemerkbar, daß die südafrikanische Union den deutschen Interessen gegenüber in einem wesentlich günstigeren Standpunkt einnehmen dürfte, als die übrigen Ententestaaten. Sollte die eine oder andre der Ententeregierungen auf die Ausübung ihrer entsprechenden Rechte verzichten, so verfällt natürlich auch für die deutsche Regierung die Notwendigkeit der Beschlagnahme.

Der Berliner Börsenkurier hat von dem zuständigen Referenten im Reichsfinanzministerium folgende Erklärung erhalten: „Die Bekanntmachung über Beschlagnahme ausländischer Werte dürfte zum Teil mißverstanden worden sein. Faktisch wird es sich vermutlich nur um die Beschlagnahme einiger weniger Werte, z. B. Kanada, Southwestafrika und Kolmanskop handeln. In der Ankündigung ist ausdrücklich gesagt worden, daß nur die Gesellschaften, die ihren Sitz im feindlichen Auslande hatten, der Beschlagnahme unterliegen. Es auch die in den abgetretenen Gebieten daß Elsaß liegenden Gesellschaften unter die Beschlagnahme sollen, ist noch nicht klar. Es ist seitens der Regierung in Aussicht genommen, hierüber bald eine ergänzende Mitteilung auszugeben. Die auch von der Regierung vorl empfundene Unklarheit des § 10 des Friedensvertrages zwingt dazu, zunächst unter Umständen alle möglichen in Betracht kommenden Werte zu beschlagnahmen. Die Frist hierfür läuft am 10. Januar ab. Man beabsichtigt dann im einzelnen den Nachweis zu führen, daß der größte Teil dieser Gesellschaften zu Unrecht auf die Liste gesetzt worden sei und wird diese Werte alsbald wieder freigeben."

Produktenbericht.

* Berlin, 12. April.

Der Produktenmarkt eröffnete in flauer Tendenz. Für Hafer zeigte sich auch zu wesentlich ermäßigten Preisen nur ganz vereinzelt Kauflust. Hülsenfrüchte wurden erheblich niedriger angeboten bei durchaus mangelnder Kaufneigung. Das Gleiche gilt für Serradella. Raubfutter war ebenfalls sehr still. Für Stroh zeigte sich bei niedrigem Preisangebot etwas Nachfrage.

* Inländischer Hafer für 1000 Kg. in Mark: loko ab Speicher frei Wagen —; loko ab Bahn —; sofortige Abladung ab Abladestationen 2700—2660. Tendenz weichend.

* Hallische Kaliwerke, Akt.-Ges. in Schlettau bei Halle. Nach dem jetzt vorliegenden Geschäftsbericht für 1919 betrug der Gewinn aus Salzverkäufen 2 617 468 (1 174 247) Mark, der sich um freigewordene Kriegsrücklagen auf 1918 sowie den Vortrag auf 2 755 109 (1 185 328) Mark erhöht. Für Anleihezinsen waren (1 185 328) M. erhöht. Aus dem verbleibenden Ueberschuß von 2 065 347 (911 766) M. soll, wie bereits gemeldet, eine Dividende von 25 (6) Proz. auf das erhöhte Aktienkapital verteilt werden bei einem Reservortrag von 355 347 (5641) M. Der Vorstand hatte im ersten Teile des Geschäftsjahres stark unter den Folgen des politischen Umsturzes zu leiden und mußte wochenlang wegen Mangels an Kohle und Streikunruhen stillliegen. Erst die letzten Monate des Jahres brachten die infolge größerer Auslandslieferungen und der damit verbundenen höheren Verkaufspreise eine Besserung, die das Gesamtergebnis günstiger gestaltete, als im ersten Teil des Jahres zu erwarten war.

* Die Fusionspläne bei der Mitteldeutschen Privatbank. Die Verhandlungen der Commerz- und Disconto-Bank in Hamburg-Berlin, sich die Mitteldeutsche Privatbank Akt.-Ges. mit ihrem ausgedehnten Filialnetz auszugliedern, haben bisher noch nicht zu einen greifbaren Ergebnis geführt.

* Aktien-Maschinenfabrik Kaffhäuserhütte. Der Aufsichtsrat beschloß, eine Dividende von wieder 6 Proz. vorzuschlagen.

Letzte Telegramme.

Die Räumung der neutralen Zone.

B. **Berlin**, 13. April. Die Entscheidung über den Tag, an dem der Abtransport der Reichswehrtruppen aus der neutralen Zone beginnen soll, wovon wieder die Räumung von Frankfurt und Darmstadt durch die Franzosen abhängt, dürfte heute oder spätestens morgen erfolgen. Unterstaatssekretär Stock, der nach Münster entsandt worden ist, um die Verhältnisse im Ruhrrevier zu prüfen, dürfte heute der Reichsregierung Bericht erstatten, ob ein weiterer Vormarsch der Truppen in das Wuppertal erforderlich ist oder nicht. Die Verhältnisse in Elberfeld-Barmen sind noch ungeklärt. Es besteht der Eindruck, daß ein großer Teil der Banden sich um Elberfeld-Barmen herum festgesetzt hat. An Regierungsstelle besteht der Wunsch nach möglichst schleuniger Zurückziehung der Truppen aus der neutralen Zone.

Die Franzosen in Hanau.

B. **Berlin**, 13. April. Aus Hanau erfahren wir: Heute früh ist die weitere Besetzung des Kreises Hanau bis zur Bahn Hanau-Friedberg durch die Franzosen erfolgt. Die Bevölkerung ist sehr erregt. Die Franzosen haben sofort die grüne Sicherheitspolizei verhaftet und nach Griesheim transportiert. Sämtliche Waffen, die zur Unterstützung der Einwohnerwehr gesammelt waren, wurden beschlagnahmt. Auch 50 Pferde wurden von den Franzosen genommen. Die bezogen Quartiere in den Kasernen, erbrachen dort die Schränke und beschlagnahmten alle Lebensmittel, die sie vorfanden.

In Erwartung der Reichswehr in Plauen.

B. **Berlin**, 13. April. In Plauen ist es, wie wir erfahren, vollständig ruhig. Der Einmarsch der Reichswehr wird heute erwartet.

Der geflickte Freundschaftsbrief.

London, 13. April. (Havas.) Bonar Law gab in Beantwortung der Anfrage zweier Deputierten eine Erklärung ab, in der es u. a. heißt: Wie das Unterhaus erfahren hat, ist zwischen der britischen und der französischen Regierung eine Meinungsverschiedenheit entstanden, welche die britische Regierung tief bedauert. Die nächste Konferenz der alliierten Regierungshäupter wird zweifellos das völlige Einvernehmen der beiden Regierungen bestätigen und festigen. Es brauche kaum hinzugefügt zu werden, daß die durch gewisse Blätter verbreitete Nachricht, die Meinungen im englischen Kabinett gingen auseinander, jeder Grundlage entbehre.

Amsterdam, 12. April. Einer Meldung des „Telegraaf" zufolge erklärte Bonar Law im Unterhause noch: Er halte eine Debatte über die Differenzen zwischen der französischen und der englischen Regierung für unerwünscht. Wenn aber der Verlauf der Ereignisse es wünschenswert mache, darüber zu debattieren, würde die Regierung dazu vollkommen bereit sein. Er glaube, daß die (französische) Behauptung, Deutschland habe mehr als zwei Millionen Mann unter den Waffen, vollkommen unbegründet sei.

Generalstreik in Irland.

Amsterdam, 12. April. Wie der „Telegraaf" aus London meldet, hat der irische Gewerkschaftskongreß zusammen mit der irischen Arbeiterpartei eine allgemeine Arbeitsniederlegung verkündet als Protest gegen die Behandlung der politischen Gefangenen, darunter auch der Sinnfeiner, durch die Engländer. Alle Betriebe und Verkehrsmittel in Irland sollen stillgelegt werden, bis die politischen Gefangenen in Freiheit gesetzt sind.

Die englischen Bergarbeiter gegen Frankreich.

f. **London**, 12. April. (Eigene Drahtmeldung.) Der Sekretär der englischen Bergarbeiter-Vereinigung, Smillie, drohte in einer gegen Lloyd George gerichteten Rede wieder mit einem Streik. Smillie schilderte die Finanzlage Englands in den düstersten Farben. Für ihn ist England „bankerott". Er warnt die Regierung vor Schwäche gegenüber dem reaktionären Frankreich, wo eine militaristische Kaste mit Gewalt die Forderungen der Arbeiter zu ersticken suche.

Wilsons Krankheit.

ep. **London**, 13. April. (Eigene Drahtmeldung.) Der „Daily Mail" wird aus Newyork bestätigt, daß Wilson einen Rückfall in seiner Krankheit erlitten hat.

Der Eisenbahnerstreik in Amerika.

ep. Newyork, 13. April. (Eigene Drahtmeldung.) Die Lage im Eisenbahnerstreik hat sich in Chicago verbessert, jedoch in Newyork verschlimmert. In Newyork werden keine Waren außer Milch und anderen verderblichen Lebensmitteln befördert.

Die Opfer von Rothenstein.

Königsberg, 13. April. Erst heute läßt sich das gewaltige Unglück von Rothenstein übersehen. Die Gesamtzahl der Toten beträgt über 200. Die genaue Zahl läßt sich nur schwer feststellen, da die am Unglücksort Beschäftigten in Atome zerrissen und auch die Arbeiterleichen vernichtet wurden. Das Elend ist ungeheuer. Die Opfer waren meistens Polen. Eine öffentliche Sammlung ist bereits eingeleitet. Der in der Stadt angerichtete Schaden wird auf eine Million Mark geschätzt.

Schwere Explosion.

Aachen, 13. April. Bei einer Explosion in der Stolberger Zündgerätfabrik kamen 17 Arbeiter ums Leben. Außerdem wurden noch Kinder und Passanten auf der Straße getötet, so daß es mehr als 20 Tote und viele Schwerverletzte zu beklagen gab.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-847529-19200413015/fragment/page=0002